

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 5, 6 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 30 Pf. Postgebühren für Nr. 7222.

# Volkswacht

Anzeigengebühren: beträgt für die erste Spalte 20 Pfennige, für die zweite 15 Pfennige, für die dritte 10 Pfennige. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Mittwoch 10 Uhr bei der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 24.

Wittwoch, den 29. Januar 1896.

7. Jahrgang.

### Wir haben kein Geld!

Wie sich die Zeiten ändern! Lange Zeit hinüber blieb es „geschicktes Wo!“, was erst der General Mantouffel in Schleswig-Holstein ungeschickten Stotzes gesprochen: „Wir haben heidenmäßig viel Geld!“ Heute steht der Staatssekretär im Reichsschatzamt, Herr von Posadowsky, vor dem Reichstag und spricht: „Wir haben kein Geld!“

Diesen Gegenstand kann man ja sehen, wenn man weiß, was es sich handelt. Die Herren von Mantouffel und Posadowsky sind um die Interessen des Militärs Preußens und für diesen ist noch immer Geld da gewesen, selbst wenn es, wie einmal in der Noth des siebenjährigen Krieges, nur aus minderwertiger Münze bestand. Aber im Reichstage hat es sich um etwas anderes gehandelt. Aus dem Hause heraus wurden die Reformen im Postverkehr verlangt, die im Laufe der Jahre stehend geworden sind; die Verbilligung des Stadtpostens in Berlin, die Herabsetzung der Telegraphengebühren und die Erhöhung der Gewichtsgrenze für den einfachen Brief. Herr von Stephan ist ja ein so guter Mann; er würde dem Publikum das alles gewähren, wenn er könnte. sagt man, eine Behauptung, die allerdings wenig Günstige findet. Herr von Stephan zielt sich auf die Reichskasse zurück, welche das Geld so notwendig braucht, das aus den Einnahmen der Post fließt. Diese Einnahmen zu verkürzen, ist ihm unmöglich. Und Herr von Posadowsky behauptet das. Wenn man die geforderten Reformen einführen wollte, sagt der Staatsmann mit dem schönen langen Bart, so würde das einen Ausfall von fünfzehn Millionen bedeuten. Und diese kann das Reich nicht entbehren, denn „wir haben kein Geld!“

Fünfzehn Millionen! Allerdings eine schöne Summe, deren Ausfall ein gefährliches Loch in ein Budget machen kann. Aber was das Schatzamt wirklich in so schweren Noth ist, warum wird bei anderen Gelegenheiten keine Sparsamkeit angewendet? Hat man sich jemals wegen fünfzehn Millionen besonnen, wenn es sich um Militärszwecke gehandelt hat?

Diese Angelegenheit beleuchtet grell die ganze Situation; man sieht, wie die bürgerlichen und andere Interessen zurücktreten vor dem Interesse des Militarismus. Die Verbilligung des Postverkehrs in einer Zeit, da man „im Zeichen des Verkehrs“ lebt, ist eine Culturforderung; sie scheitert aber an dem unbeugsamen Widerstand der Vertreter des Fiskus.

So wird die Post aus einer Anstalt, die allen dienen soll, nur ein Mittel, der Reichskasse recht viele Zusätze zu bringen.

Aber der Reichstag!  
Ja, wenn die Mehrheit des Reichstages die notwendigen Energie und Thätigkeit besäße, dann könnte sie diesen Zustand schon ändern. Gerade hier kann der Reichstag die wenigen Machtmittel, die er besitzt, zur wirkungsvollen Anwendung bringen.

Die Ausführung wäre nicht einmal allzu schwierig. Die Majorität bräuhete sich nur auf den Standpunkt zu stellen,

daß, wenn das Reichsschatzamt kein Geld für das Volk hat, die Volkvertretung auch kein Geld für das Reichsschatzamt hat.

Wenn die verbündeten Regierungen Geld verlangen für neue Festungen und Kasernenbauten, für neue Kriegshäfen und Panzerschiffe, für neue Offizierskasinos und Dienstwohnungen, für Festlichkeiten und Denkmäler — er, dann brauchte sich der Reichstag nur zu entschließen, auch darauf zu antworten: „Wir haben kein Geld!“ Und dann würden die Herren Finanzmänner leicht zum Nachgeben getrieben werden können.

Aber das geschieht nicht und wird nicht geschehen. Wenn nämlich der Herr Staatssekretär, resp. die verbündeten Regierungen, für die oben angegebenen „Zwecke“ Geld verlangen, so sind das „patriotische“ Zwecke und diesen gegenüber kann niemand die Bewilligung verlangen mit fast alleiniger Ausnahme der „vaterlandslosen“ Socialdemokraten. Dafür werden diese auch von der „patriotischen“ Presse tüchtig angeempelt und als „Vaterlandsverräther“ gebrandmarkt. Die Verbilligung des Postverkehrs, d. h. Erleichterung der Telegraphenbenutzung, das sind natürlich keine „vaterländischen“ Angelegenheiten. Zahle, braver Staatsbürger, und schweige, und sei stolz darauf, daß du dein Theil zur Ausgestaltung unseres so herrlichen Militärs beigetragen hast!

Deutschland, die fromme Kinderstube!  
Aber die merkwürdige Haltung unserer Finanzmänner hat auch noch einen anderen Grund.

Die Herren Miquel und Posadowsky haben bekanntlich auf die große „Finanzreform“ immer noch nicht verzichtet. Sie glauben eine Gelegenheit erfassen zu können, wo sie wieder in die Lage kommen, mit der Finanzreform einzusetzen. Vorläufig hat ihnen allerdings die Budgetcommission des Reichstages einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie das Deficit durch allerlei Kürzungen aus der Welt schaffte. Das war Herrn Miquel nicht ganz recht. Sein Finanzproject ist jedenfalls das Einzige aller Staatsmännlichen, das er gemahnt. Es hatte den doppelten Zweck, in ihr Mittel anzukäufen und die verbündeten Regierungen von den Zufälligkeiten der Reichstagsbeschlüsse soweit unabhängig zu machen, daß der Reichstag nur noch eine unbedeutende Veränderung unseres so schönen „constitutionellen“ Reiches bewirken würde. Wie schön! Da wäre eine Zeit für die Herren Minister gekommen, für so gemüthlich wie damals, als nicht nur Kleider und Bauhilf, sondern auch die Politik nach innen und außen in Hofstoß zugezeichnet wurden. Und dieser schöne Plan ist mißglückt! Wir können unseres Mitgeföhls nicht Herr werden, es ist zu bedauerlich.

So kam es, daß die Situation bei uns einzig in ihrer Art war. Anderwärts sucht man neue Steuern, um ein Deficit decken zu können; bei uns aber sucht man ein Deficit, um neue Steuern und „Finanzreformen“ damit zu begründen! Wir wollen nur hoffen, daß die Budgetcommission der Reichstages ebenso thätig wie früher handhaben und ein etwa auftauchendes Deficit gründlich zusammenreißen wird. Ein Glück, daß der Reichstag wenigstens hier Widerstand leistet, während er sonst nur zu leicht nachgibt

„Wir haben kein Geld!“ Die Löhne sind uns nicht neu. Wir hörten sie schon zu Bismarcks Zeit anschlagen, was daß dieser sie drastischer vortrug. Als er die Reichseinnahmen durch No-spote vermehren wollte und dabei auf entschlossenen Widerstand stieß, sagte er bekanntlich, daß er wie ein Bettler an der Thüre des Reichstages stehe und seit Jahren die ihm unentbehrlichen Geldmittel vergebens fordere.

Der Nationalliberalismus hat bei der Schilderung dieses „Bettlers“ allerdings Kriohelstränen geweint. Andere Leute haben das nicht gethan und werden heute hoffentlich noch so verhärtet sein, wie damals.

### Politische Rundschau.

Berlin, den 28. Januar.  
Aus dem Reichstage. Das wichtige Thema einer Reform der Alters- und Invaliditätsversicherung wurde heute, wie in der Vorwoche, vor leeren Bänken verhandelt. Die Debatte endete mit der Ablehnung unseres Antrages und mit der Annahme der Fiskusischen Resolution, die die Regierung zu einer schleunigen Revision des Gesetzes auffordert. Von unserer Seite beteiligten sich die Herren Singer und Stadthagen an der Discussion. Stadthagen stellte die Behauptung des Conservativen von Staudy ins rechte Licht, daß die Armenfürsorge auf dem platten Lande, im Gebiete des ostelbischen Junkertums, besser sei, als in den Städten. Singer wies die Durchführbarkeit unseres Antrages überzeugend nach und nagelte die Conservativen auf ihre Segenshaft gegen das Campsche Project einer Erhöhung der Salzsteuer fest. Er versprach, ihnen bald Gelegenheit zu geben, in der Frage der Salzsteuer Farbe zu bekennen: unsere Fraction wird demnächst einen Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer einbringen. Als lustige Anekdote sei aus den Verhandlungen noch hervorgehoben, daß sich Herr von Stumm als Freund der Coalitionfreiheit der Arbeiter hinstellte. Und das unmittelbar nach dem Köpfige-Proceß. — Den Schluß der Sitzung füllte eine Erörterung der Thätigkeit der Commission für Arbeiterstatistik aus. Sebel griff die Regierung wegen ihrer Laune auf socialpolitischem Gebiete scharf an und gab eine Darstellung der schmerzlichen Zustände, unter denen die Bäckereiarbeiter leiden. Ebenso eingehend schilderte er die menschenunwürdigen Verhältnisse des Schwitzsystems in der Confection und forderte eine gründliche Untersuchung der Hausindustrie durch die Commission. Herr von Bötticher bestritt in gewohnter Weise, daß die Socialreform ins Stocken gerathen sei. Was will das sagen, wenn die Thatfachen das Gegentheil beweisen.

— Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag zur Hälfte den Etat des Finanzministeriums in zweiter Lesung. Die alljährlichen Klagen über zu geringe Bezahlung gewisser Beamtenkategorien wurden auch diesmal vorgebracht; aber wie gewöhnlich erfolgte vom Ministerium die Antwort, daß man nicht einzelne Beamtenklassen herausgreifen, sondern abwarten müsse, bis eine allgemeine Gehaltserhöhung möglich sei. Ein Versuch des Finanzministers, bei dieser Gelegenheit eine Debatte über die Finanzreform heraufzubeschwören, scheiterte an der Thellnahmlosigkeit des Hauses. So wurde der Etat ohne nennens-

### Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Du Roy spazierte langsam nach der Redaction, um seinen Artikel zu schreiben, denn bis vier Uhr hatte er nichts zu thun. Um diese Zeit aber wollte er Frau von Marelle in der Rue de Constantinople treffen; er sah sie nämlich regelmäßig zwei Mal in der Woche, am Montag und Freitag.

Als er aber in die Redaction trat, wurde ihm eine geschlossene Depesche überreicht; sie war von Frau Walter und lautete:

„Ich muß Dich notwendig heute noch sprechen. Es handelt sich um etwas sehr, sehr Wichtiges. Erwarte mich um zwei Uhr in der Rue de Constantinople. Ich kann Dir einen großen Dienst erwiesen.“

Auf ewig die Deine  
Virginie.“

„Heiliger Heiler!“ fluchte er, „die alte Schraube!“ Er wurde sehr schlechter Laune und ging alsbald fort, weil er zu zornig war, um arbeiten zu können.

Seit zehn Wochen schon suchte er mit ihr zu brechen, ohne daß es ihm bisher gelungen, ihre beharrliche Anhänglichkeit los zu werden.

Nach ihrem Fall hatte sie schredliche Gewissensbisse gehabt und in drei Zusammenkünften hintereinander ihren Befehl mit Vorwürfen und Fächeln überhäuft. Diese Begegnungen hatte er bald satt bekommen und sie auch, ihre Reize und ihre Dramatik. Er war einfach fortgeblieben und hatte das Abenteuer damit zu beendigen gelöst. Aber sie hatte sich ihm verzweifelt aufgeschoben; wie mit einem Nupharlein um den Hals in einen Fluß, so war sie in die Liebe hineingesprungen. Er hatte aus Schwäche, aus Höflichkeit,

aus Rücksicht nachgegeben, und ihre Leidenschaft war noch mehr gewachsen.

Täglich wollte sie ihn sehen, alle Augenblicke schickte sie ihm Telegramme, bestellte ihn zu einer flüchtigen Zusammenkunft an einer Straßenecke, in einem Bazar, in einem öffentlichen Garten.

Immer wiederholte sie ihm in denselben Worten, daß sie ihn liebe, wahnwitzig liebe, daß er ihr Gott sei, und wenn sie ihn verließ, dann beteuerte sie, daß sie schon glücklich gewesen sei, ihn gehen zu lassen.

Sie war garnicht so, wie er es erwartet hatte. Sie suchte ihm gegenüber kindlich grazios wie ein junges Mädchen zu sein, und das wirkte lächerlich bei ihren Jahren. Bis dahin war sie streng anständig gewesen, unberührten Herzens, jeder Empfindung verschlossen, je er Sinnlichkeit fern, und nun hatte sie plötzlich bei dieser klugen Frau, deren vierzig Jahre in ihrer Ruhe einem bleichen Herbst nach einem frühigen Sommer gleichglichen hatten, ein weiser Frühling gewissermaßen eingestellt, der schüchtern Blüthen, verkümmerte Knospen trieb.

Im Briefe schrieb sie ihm täglich, völlig verrückt Briefe in einem sonderbaren, poetischen und zugleich lächerlichen Stille voll blumiger Ausdrücke, voller Thier- und Vogelnamen, wie sie Orientalen schreiben.

Er konnte es nicht vertragen, wenn sie „mein Kästchen“, „mein Schatz“, „mein Frödelchen“, „mein Blauvögelchen“, zu ihm sagte, wenn sie ihn fragte: „Wem gehört dieser Mund?“ Antwortete er nicht sofort: „Mir gehört er“, so hörte sie nicht eher mit Fragen auf, bis er bleich wurde vor Kriohelstränen.

Viel mehr Ernst und Würde hatte er bei ihr erwartet, Kriohelstränen im Auge vielleicht, aber nicht die eines Kammerjochens.

In der ersten Zeit hatten sie sich häufig in der Rue de Constantinople gesehen, aber Du Roy, der dort die

Möglichkeit einer Begegnung mit Frau von Marelle fürchtete, fand jetzt tausende Ausflüchte, die Zusammenkünfte abzuschieben.

Nun mußte er sie fast täglich in ihrem Hause besuchen, bald zum Frühstück, bald zum Diner. Sie drückte ihm die Hand unterm Tisch, ihm aber machte es mehr Spott als mit Suzanne zu beschäftigen, die ihn durch ihr munteres Wesen fesselte. Ein beweglicher, spöttischer Geist, tausend boshafte Einfälle flüchteten in diesem Wappenkörper. Wie eine Marionette auf dem Markt war sie stets in Parade. Ueber alles und jeden machte sie sich in behändigen Herzerlungen lustig. Georges suchte sie noch mehr an, veranlaßte sie zur Ironie, und beide verstanden sich vortrefflich.

Alle Augenblicke rief sie ihn: „Hören Sie mal, Bel-Ami! Kommen Sie doch mal her, Bel-Ami.“

Dann verließ er sofort die Plaza und lief zum Theater, das ihm irgend eine kleine Reichwürdigkeit ins Ohr flüsterete, und sie Lichter aus vollem Herzen.

Allmählig aber wurde ihm die Liebe der Mutter so lästig, er empfand einen so unüberwindlichen Widerwillen gegen sie, daß er sie nicht mehr hören und sehen, an sie nicht mehr denken konnte ohne Zorn. Er blieb ganz fort, beantwortete ihre Briefe nicht mehr, folgte ihren Einladungen nicht.

Endlich begriff sie, daß er sie nicht mehr liebe, und sie litt schrecklich darunter. Aber sie hing sich ihm an, lauzete ihm auf, verfolgte ihn, wartete stundenlang hinter den herabgelassenen Vorhängen einer Diöste an der Thüre der Redaction oder seines Hauses oder in den Straßen, durch die er kommen mußte, auf ihn.

Er hatte die größte Lust, sie zu mißhandeln, zu beleidigen, zu schlagen, ihr rauh zu erklären: „Ich deul nicht mehr dran, ich habe es satt, Sie sind mir zuwider.“ Aber er nahm doch der „Die Franzose“ wegen einige Rücksicht. So suchte er denn durch seine Käse, durch hatte Blide, zu



wertige Debatte angenommen. Sodann kam der Etat des Ministeriums des Innern an die Reihe. Der neue Minister, Hr. v. d. Necke u. d. Forst hielt eine einleitende Rede, in welcher er eine Reform des Dreiklassenwahlgesetzes, wie sie schon lange versprochen ist, ankündigt. Ob diese Reform, wie es nach den Worten des Ministers den Anschein hat, noch lange auf sich warten läßt oder ob sie bald vorgenommen wird, ist für die Arbeiterklasse gleichgültig. Diese hat von dem Dreiklassenwahlsystem, sei es in dieser oder jener Form, nichts zu erwarten. Im übrigen verlor sich die Debatte in lauter Einzelheiten. Hervorzuheben ist nur eine Aeußerung des freien creativen Abg. Gerlich, der sich darüber beschwerte, daß die zu Landarbeitern verwandten Strafgefangenen längere Zeit arbeiten als freie Arbeiter; statt nun die Arbeitszeit der freien Arbeiter zu verkürzen, (salut tiefer men Genfremdliche Herr eine Verlängerung der Arbeitszeit der Gefangenen vor. Proben solcher 'socialpolitischen' Weisheit werden im Laufe oft gegeben. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt und die zweite Lesung des Landwirtschaftlichen Etats begonnen.

— Kein Reich, keine Röhne, das war schon im vorigen Jahre die Parole der Agrarier und sie ist es in diesem Jahre noch der schweren Niederlage, welche die Herrscher jetzt wieder erlitten haben, erst recht. In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirthe, bespricht ein „Edelher von Nation“, Graf Necke, die neuerlich ausgetragenen Pläne, Marinevorlagen betr. und bemerkt zu der Behauptung, daß Deutschland ein reiches Land sei, dessen Credit zur Flottenvermehrung auf das Außerste angezogen werden müsse:

„Dieser Ansicht muß ich auf das Entschiedenste widersprechen. Bei solchen Bemerkungen ist die Steuerkraft des Landes ausschlaggebend; ist diese aber so gesunken, wie bei uns, so kann kein Patriot einer Vermehrung zustimmen, mag diese auch noch so wünschenswert erscheinen, um so weniger, da unsere Regierung nicht im Mindesten geneigt scheint, das jetzt herrschende furchtbare, großcapitalistische Vertriebsystem zu verlassen, ein System, welches jede ethische Arbeit so schwer schädigt. Dabei muß auch die Steuerkraft immer mehr sinken. Die Zustände im Mittelstand von Stadt und Land werden sich immer unhaltbarer gestalten. Tausende und Abertausende brave, tüchtige Männer werden mit ihren Familien durch den Wahn zu Grunde gehen. Das Teuilland ein Indusriefisch sei oder werden solle, durch die jetzt herrschende Weltwirtschaft, bis Deutschland sich selbst zum Opfer fallen wird! Wärdie die Zeit nahe sein, wo unsere Regierung auf ihrer Fahne schreibt: Rüstet zur christlich-gemaintlichen Weltanschauung, Rüstet zur nationalen Wirtschaftspolitik!“

In diesem agrarischen Glimmatias ist die Gegenseitigkeit gegen neue Marineforderungen meistens recht verständig zum Ausdruck gekommen.

— In der bekannten Extra-Ausgabe des „Reichsanzeigers“ heißt es:

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben außerdem einer größeren Anzahl von Personen, welche wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses rechtskräftig verurteilt sind, die ihnen auferlegten Strafen, denen dieselben nach nicht vollzogen sind, und die noch rückständigen Raten in Gnaden erlassen.

Und der rechtside Juhimisther, Herr Schöndorfer hat das Wort des altindischen Dichters Terent: Wenn was die ihr, ist es nicht dasselbe, für einen alten Rednergrund erklärt, obwohl Terent nur die parokiale Redensprache damit treffen wollte, darüber Anstanz geben wie hoch die Zahl der Begrabenen ist und wie sie heißt? In Herrn Schöndorfers, des Juhimisther's Gedichten ja die Gnadenlaster.

— Ordensverleihungen sind in großer Anzahl wieder an des Kaisers Geburtstag erfolgt. Unter denselben ist die bemerkenswerthe Verleihung des Roten Adlerordens 1. Klasse an den Landwirtschaftlichen Minister Hammerstein-Lortzen, außerdem haben der Reichsanwalt, der Justizminister Schürst, der neue Minister des Innern von der Necke vor der Zeit und der Reichserbkammerpräsident

einer von den Eulenburgern, hohe Orden erhalten. Der Kaiser scheint demnach mit der neuesten Haltung seiner Minister, vor allem mit der schroffen Abgabe des Landwirtschaftsministers an die Agrarier, ganz einverstanden zu sein. Darin liegt die politische Bedeutung dieser Ordensverleihungen.

— Vertreter aller Parteien des Reichstages hatten eine Vorbesprechung über die geschäftliche Behandlung des bürgerlichen Gesetzbuchs, die nach Abmachung der anwesenden Abgeordneten als streng vertraulich zu betrachten war. Trotzdem theilte die „Post“ in ihrer Nummer 23 Einiges aus diesen Verhandlungen mit.

Der „Vorwärts“ theilt nunmehr Folgendes mit: In welcher Weise selbst in kleinlichen Dingen die „Post“ mit der Wahrheit umgeht, illustriert Folgendes: Alles Wesentliche, was die „Post“ aus dieser Besprechung mittheilt, ist direct der Wahrheit widersprechend. Sozals mag eins bemerkt werden. Mit Rücksicht auf den lediglich informativen Charakter jener Besprechung und mit Rücksicht auf vorher über diese Berathung von freiconservativer Seite nahegelegene Stellen verbreiteten Unwahrheiten war zu Beginn der Besprechung hervorzuheben, daß die Besprechung einen streng vertraulichen Charakter behalten und aus derselben nichts veröffentlicht werden sollte, da sie lediglich dem Senatorenconvent als Unterlage für die Art der Beratung dienen sollte. Diesem Wunsch widersprach Niemand. Der Berichterstatter der freiconservativen „Post“ scheint gemeint zu haben, seinem Anstandsgefühl und den Interessen der „Post“ dadurch gleichermäßen zu genügen, daß er lediglich Unwahrheiten dieser freiconservativen und vielleicht auch anderer Zeitungen übermittelte. Demgemäß theilt er eine Reihe von Einzelheiten aus der Besprechung mit, die lediglich dem Gebiete abstrakter Gründungen angehören und trüben sein Augenblicke mit der Behauptung, es sei beschloffen, nur einzelne Materien an die Commission zu verweisen. — Die Tendenz dieser Äußerung geht offensichtlich dahin, dem Reichstag das Ansehen einer von voo-Annahme schwächerer zu machen. Wir hätten aus jener Besprechung nichts mitgeteilt, weil sie eben streng vertraulich war und lediglich eine interne Angelegenheit des Reichstages betraf. Nachdem aber die abstrakten Unwahrheiten durch die „Post“ und ihre Hinterleute verbreitet sind, nehmen wir keinen Anstand, den wahren Verlauf jener Besprechung mitzutheilen. Jene Berichtigung sollte lediglich dazu dienen, dem Senatorenconvent eine Unterlage für die Entscheidung zu geben, welche Art der Behandlung des Gesetzbuchs die zweckdienlichste sei. In der Besprechung nahmen die Abgg. Spahn (Mitgl.), von Bucha (Mitgl.), von Gung (Mitgl.), Schröder (Mitgl.), Kaufmann (Mitgl.), Städtgen (Mitgl.), v. Dzierzowski (Mitgl.) und v. Liebschen (Mitgl.) theil. Nur von einer Seite, deren Ausführungen deutlich zeigen, daß sie weder mit dem Inhalt noch mit der Form des Gesetzbuchs auch nur annähernd befaßt sei, wurde als Herzerwünschtes eine Annahme vertriehen. Bei den übrigen Abgeordneten bestand Einigkeit der Ansicht, daß ein Commission's rathung durchaus erforderlich ist. Diefelben behielten nur darüber, ob der Weg einer Ueberweisung nur einzelner Abschnitte oder ob der Weg einer Ueberweisung des gesamten Gesetzbuchs schneller zur Entscheidung der Vorlage führen werde. Da lediglich conservative, freiconservative, national-liberale, ultramontane und freisinnige Abgeordnete, aber kein Abgeordneter der radicaldemokratischen Fraktion, der Volkspartei, der polnischen und anheimlichen Fraktionen zu den Beratungen des Senats in erster oder zweiter Lesung zugezogen waren, da ferner die Beratung nur einzelner Materien u. a. eine endlose zweite Beratung im Plenum notwendig noch zu geben muß und da endlich eine Entscheidung über die Materien, deren besondere Behandlung notwendig erachtet, in der Commission sehr leicht sein würde, so wurde sich einstimmig auch von Städtgen, dem Vorsitzenden des konservativen Abgeordneten von Bucha zugestimmt, nach der ersten Beratung des gesamten bürgerlichen Gesetzbuchs nicht Einzelabschnitte zu verweisen, sondern die Materien der Commission zu überweisen und in dieser Hinsicht dem Senatorenconvent mitzutheilen — also genau das Gegentheil von dem, was die „Post“ verkündigt. Wir theilen noch mit, daß die bürgerlichen Abgeordneten die bürgerlichen Gesetzbuch's Abschnitte, die als Zweck der Teilnehmer an der Beratung dem Senatorenconvent mitzutheilen — also genau das Gegentheil von dem, was die „Post“ verkündigt. Wir theilen noch mit, daß die bürgerlichen Abgeordneten die bürgerlichen Gesetzbuch's Abschnitte, die als Zweck der Teilnehmer an der Beratung dem Senatorenconvent mitzutheilen — also genau das Gegentheil von dem, was die „Post“ verkündigt. Wir theilen noch mit, daß die bürgerlichen Abgeordneten die bürgerlichen Gesetzbuch's Abschnitte, die als Zweck der Teilnehmer an der Beratung dem Senatorenconvent mitzutheilen — also genau das Gegentheil von dem, was die „Post“ verkündigt.

willen sogar durch große Worte ihr Begräblich zu machen, daß die Geschichte ein Ende haben müsse.

Mit besonderer Heftigkeit wurde sie ihn nach der Rue de Constantinople zu locken, aber bald haben wurde sie an, und er stürzte unvorsätzlich vor dem Gebirge, das sie dort eines schönen Tages mit Frau von Marcella zu kommen ließen.

Seine Neigung zu dieser war im Geheimen mehrere des Schwerts nur noch gewisser. Sie giel ihm wirklich Beider Naturen waren gleichartig; sie war er geküßelt in dem obenverlichen Geschlecht der Abenteuerer, die Paga und u der Gesellschaft, die rühmliche Sandbühnen, ohne es zu ahnen, außerordentlich ähnlich sind.

Er glaubte endlich die Frau Director allmählich losgelassen zu sein, hatte er ihr doch recht genügt, ja bewies brutal seinen Entschluß, mit ihr zu brechen, ausgetrieben, da erhielt er in der Seclusion jenes Salgramm, das ihn zu zwei Uhr nach der Rue de Constantinople bestellte.

Wenn Ober las er es noch einmal:

„Ich muß Dich notwendig noch heute sprechen. Geh ab! Ich bin ein Mann, der nicht zweifelt. Erwarte mit um zwei Uhr in der Rue de Constantinople. Ich kann Du einen großen Dienst erweisen.“

„Auf einig da Deine.“

„Was mag die alte Schachtel von mir eigentlich noch wollen?“ dachte er. „Ja sagen hat sie mir natürlich nichts mehr“ ich werten. Schöndorfer wieder einmal, daß sie nach ihm. Sie mag ich aber doch. Sie kündigt von etwas sehr Wichtigem, von einem großen Dienst, vielleicht noch von etwas sehr Wichtigem. Gerade kommt ja erst ein neuer Schwachsinn. Was mag ich die alte Schachtel haben. Beruhigen! Wenn sie sich nur nicht treffen wollen! Diese Heber sind doch ja verächtlich.“

„Und er dachte, daß nur seine Frau eine Ausnahme

wäre. Sie dachte an niemals, sie lebte an seiner Seite und lebte sie ja auch zu leben.

„Morgen ging er nach seiner Residenzwohnung. Dabei dachte er sich mächtig in Zorn gegen Frau

„Ne, sie soll mich lassen lassen, wenn sie mir wirklich nicht mehr nützlich hat. Gieb von Reichthümer's Sprache soll ich nicht hören. Ich erlaube ihr, daß ich keinen Fuß mehr in ihren Zimmern setze.“

„Und er hat es, um es zu erweisen.“

„Gib noch ihm ein Stück vom Reichthümer ein.“

„Ach! Du hast meine Tasche erhalten!“ rief sie, als sie ihr abgab. „Bist du ein Dieb!“

„Er machte ein böses Gesicht.“

„Nun ja, ich bekomme sie grade, als ich von der Residenz nach dem Abbruch des Hauses gehen wollte. Was willst Du denn eigentlich von mir?“

„Sie hatte von Schöndorfer mitgetheilt, um ihn zu locken, und er hatte sich ihm so nachher und demüthig, wie ein ein gerathener Hund.“

„Was heißt Du ja mit mir... wie Du mit mir reden!... Was soll ich Dir denn geben. Ach, Du weigst dich, mit mir zu reden.“

„Könnte Du schon wieder damit an?“ schreie er.

„Denn Du dich doch nie um mich bekümmert, wenn Du mich so behandeln willst.“ Antwortte sie. „Hättest Du mich noch einmal gesehen und mein Gesicht gesehen, das ich nicht. Du bist ein Verräther, was Du mir in der Kirche sagtest und wie Du mich mit Schindeln in das Haus gebracht hast! Und jetzt kommst Du mit mir hier! So heißt Du mich zu kommen! Mein Gott! Mein Gott! Du hast mir ja Du mich!“

„Er starrte mit dem Mund offen und erwiderte heftig: „Nun läßt Du mich aber damit ungeschoren! Es schickst mir zum Hals heraus! Gieb mir doch, so hast mir auch dies

— Die Reptilienpresse des Rön Stumm. Der nationalliberalen „Saarbräcker Zeitung“ war in der „Rdn. Ztg.“ nachgesagt worden, sie setze immer mehr ins „aristocratische Fahrwasser“. Eine Zuschrift an die „Rdn. Ztg.“ erklärt die Saarbräcker Redaction, daß sie stramm nationalliberal sei und bemerkt, daß die Unternehmerrschaft stände ihr nicht feindlich gegenüber, bloß die um Stumm. Da liest man: „Die Wahrheit ist, daß Hr. v. Stumm und mit ihm nur etwa ein halbes Duzend seiner Intimen dem Verlage unserer Zeitung eine jährliche hohe Selbsumme boten, um das Blatt für die Interessen Stumm's zur Verfügung haben.“ Stumm'sche Reptilienpresse!

Schweiz.

In der Sitzung des Großen Rathes von Basel brachte anlässlich der Beratung des Staatsbudgets der Socialist Müller den Antrag ein, der Regierung solle prüfen und berichten, ob es nicht angezeigt wäre, bei den an den Baseler Lehranstalten angeestellten Lehrern das Gehaltselement so gestaltet werden könnte, daß der Lehrer nach mindestens 20 Dienstjahren die Maximalgehalt ausgereicht werde. Der Antrag wurde durch die Mehrheit der freisinnigen und conservativen Mitglieder scharf bekämpft und schließlich abgelehnt. Die fünf Socialisten traten für die Besetzung der Lehrern ein. Trotzdem die übergroße Mehrheit der Baseler Lehrer freisinnig ist, trat keiner ihrer Parteigenossen für sie ein.

— Der Baseler Arbeiterbund beschloß in seiner letzten Delegirtenversammlung, daß die socialistische Arbeitergruppe esucht werden solle, beim Großen Rath von Antons Basel Stadt einen Antrag auf Revision des esch über die Gewerblichen Schiedsgerichte einzureichen. W allem soll verlangt werden, daß auch Frauen und Ausländer bei der Wahl ins gewerbliche Schiedsgericht wahlberechtigt und wählbar sein sollen.

— In Genf ist am 12. Januar im Alter von 26 Jahren Wilhelm Körner aus Röhren in Anhang an der Lungentuberkulose gestorben. Er wurde weitere Kreise bekannt durch seine Verhaftung in Rom anlässlich der Maidemonstration und dem daraus resultierenden Anarchistenproceß. Jugend, Temperament und Umgang führten ihn die letzten Jahre ins anarchistische Lager, doch hatte er niemals am Selbstzug perölicher Verleumdung und Beschimpfung seiner Genossen gegen unsern Partei theilgenommen. Er hinterläßt Frau und Kind.

Italien.

Die Rettung der Colonne Galliano's in Rakalle wird in Italien großen Jubel. Die Rettung der tapferen Soldaten wird überall Befriedigung erwecken, wenn man auch jene von Crisp's Soldaten angefangen. Begeisterung nicht begriffen wird, die aus der Capitulatio einen großen Sieg erdichten will. Aber die sinnlose Colonna politisch Crisp's, der das arme Land in ein kampfloses Abenteuer hineinzieht, das so viel Menschenblut verschlungen und so viel Geld gekostet, nur um den Verlegenheiten in Jannern zu entrinnen, diese kampflose und gewöhnliche Politik wird dadurch erst ins richtige Licht gestellt. In doch das Leben der Soldaten im Fort Rakalle nur einer plötzlichen Nachgiebigkeit der Stoaner zu danken, wogegen die Entsetzung des Forts durch die italienische Armee in Grynträd so lange auf sich warten ließ, daß die eingeschlossenen Soldaten längst verdurstet wären, bevor ihnen die drei italienischen Armeen in Afrika zu Hilfe gekommen wären. Die Regierung hat über Hals und Kopf Truppen nach Afrika geschickt — Menschen gelten nicht bei Crisp —, aber nicht daran gedacht, daß Menschen von Glück und Blut auch essen müssen. Das Traurige für Italien ist, daß der Krieg immer größere Dimensionen annimmt und das

Geld! Du hast wirklich so, als wenn Du zwölf Jahre alt u d so unschuldig wie ein Engel gewesen wärest. Kein weire Liebe, stellen wir einmal die Thatsachen fest. Du warst wirklich alt genug, um klar zu sein, als unser Verhältniß begann. Ich bin Dir dankbar, unendlich dankbar dafür, aber ich kann Dir doch nicht erzig an der Saure hängen. Du hast einen Mann und ich eine Frau. Wir sind beide nicht frei. Es war beiderseits eine flüchtige Laune und die Geschichte muß ein Ende haben!“

„Oh, wie brutal, wie grob, wie schlecht Du bist!“ sagte sie schluchzend und presste beide Hände an die Brust. Als er die Thränen kommen sah, ergriff er seinen Hut und er auf die Kamische gestellt hatte und sagte: „Ach, weinen willst Du. Na, dann laß' Dir's hier gut gehen. Guten Abend! In diesem Schauspiel hast Du mich wohl kommen lassen.“

Sie machte einen Schritt, um ihm den Weg zu ver sperren, so häufig ein Tuch aus der Tasche und trocknete rasch ihre Augen. Mit gewaltiam geflüsteter Stimme sagte sie, während sie zuweilen vor Schmerz schluchzte: „Nein... ich bin hier... um... um Dir eine Rittbestellung... eine polnische Mittheilung... zu machen... um Dir... die Möglichkeit zu geben... schließlich tausend Franken zu gewinnen... oder noch mehr... wenn Du willst...“

„Was denn?“ fragte er plötzlich beänstigt. „Was willst Du mir denn sagen?“

„Gestern Abend belauschte ich zufällig ein kurzes Gespräch zwischen meinem Mann und Laroge. Sie nahmen sich auch vor mir nicht besonders in Acht. Aber Dich sollte er nichts merken lassen, rieth Walter dem Minister, weil Du sonst sofort alles errathen würdest.“

„Du hast keine Hut wieder auf einen Stuhl gelegt. Er war sehr gespannt.“



gekauft Land seine Großrauschlicht bitter bezahlen wird. Im Lande sitzt das Geld zu Ost, und seine Söhne bluten in Afrika für die Abenteuerlust Crispis, der alles opfert, um sich an der Macht zu erhalten.

Belgien.

Die Großindustriellen haben eine Niederlage zu verzeichnen. Sie wollten nicht dulden, daß der Staat zu seine D ganz alle Werkstätten und Fabriken brauuschlicht, daß der Staat die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern gesetzlich regelt. Alle ihre Proteste haben, wie dem „Hamburger Correspondent“ geschrieben wird, nichts gefruchtet. Der Kammerauschuss hat einstimmig der Regierungsvorlage zugestimmt, welche die Grundlagen für alle Fabrikordnungen festsetzt, die Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter regelt, die Staatsaufsicht über alle Werkstätten, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigen, sichert und die Befugnisse der Staatsinspektoren klar stellt. Der katholische Arbeiter-Deputierte de Guchtmaere ist als Referent bestellt und reichte bereits seinen Bericht in der Kammer ein.

Frankreich.

„Die Colonial-Falle“ — la trappe coloniale — nennt ein französisches Blatt die Colonialpolitik, so wie sie in neuerer Zeit Mode geworden ist. Der Röder großer Honore.vortheile und eines großen Colonialreichs leidet in die Falle — man zimmert Land in bezuglichen Quadratmetern, „nicht“ vollste, aber durch phantastische Berichte zu glänzenden wozfthaten aufgetauchte Stege, alles schwimmt in einem Meer von Wonne und Ruhm — bis auf einmal das Blättchen sich wendet: die betrogenen und ausgebeuteten Eingeborenen werden auffällig, sie rebellieren, die Sumpfsieber beginnen ihre vernichtende Thätigkeit — furchtbare Sterblichkeit, Niederlagen, Katastrophen und Scandale aller Art — der schöne Röder hat sich als winstige Luftspielung erwiesen. Jeder Vernünftige wünscht: wären wir doch aus der Galerie heraus. Aber die Galerie ist eine Falle, aus der nicht leicht wieder herauszukommen ist, außer mit schweren Verlusten. So sitzen die Franzosen jetzt in Madagaskar fest, die Italiener in Abyssinien und welche Opfer hat Deutschland für seine Colonialpolitik zu bringen! Und die Vortheile? Was wird es getaucht für die verlorenen Menschenleben, die verlorenen Millionen? Die beste französische Colonie ist Algerien. Sie hat seit ihrer Gründung vor 55 Jahren über zehn Milliarden — zehn! — Millionen Franks — gekostet und kostet dem Staat heute noch mehr als sie einbringt. Von Indien, das eine Ausnahme bildet, wollen wir hier nicht reden. Aber die sämtlichen englischen Colonien, die nicht ganz oder groltheils von Engländern bewohnt sind und selbständige Gemeinden bilden, und ebenfalls von höchst zweifelhaftem Wert; sie haben meistens eine militärische Bedeutung und dienen den Interessen einer winstigen Mehrheit. Kurz, die sogenannte Colonialpolitik ist kein Glück für die Völker, und die meisten Colonien sind in der That, wie die „J. f. c.“ es sagt, „Fallen“.

Droenssteuer. Man schreibt aus Paris: „Der radicale Abgeordnete Michelin beabsichtigt, in der Kammer eine Vorlage einzubringen, wonach vom 1. Januar 1897 ab alle französischen und fremden Droens-Auszeichnungen besteuert werden sollen. Der Besatz der Circonregion würden die Ritter 50 Fr., die Offiziere 100 Fr., die Commandeure 200 Fr., die Großoffiziere 400 Fr. und die Inhaber des Großkreuzes 1000 Fr. Steuer zu entrichten haben. Die auswärtigen Orden werden mit 20 (Ritter), 40, 100, 200 und 400 Fr. besteuert. Die Droenszeichnungen im Kriege sind ausgenommen.“ Der Gedanke ist gar nicht übel. Auch für Deutschland wäre eine solche Steuer zu empfehlen. So lange es noch Leute giebt, die an Orden Spaß finden, soll man sie für das Vergnügen auch zahlen lassen.

Schweden und Norwegen.

In der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages gab es Sonnabend eine erregte Sitzung, wie man sie bisher in Schweden nicht zu erleben gewohnt war und zu der verschiedene Vorgänge in der Armee Anlaß gaben. Hedin, einer der radikalen Stockholmer Abgeordneten, richtete scharfe Angriffe gegen das Kriegsministerium, weil einem Sohne des Chefs des Remontewesens in seiner Eigenschaft als Gutsbesitzer solche Pferde von der Armee abgekauft würden, die vorher kassirt waren. Dann brachte Hedin die Unsicherheit zur Sprache, die in Stockholm durch das Aufstreten der Soldaten hervorgerufen worden ist. Ferner die Mißhandlungen, die sich im Säffzungenkorps die Älteren den Jüngeren gegenüber zu Schulden kommen lassen. Den Vorgesetzten steht nach Hedin moralische Autorität, Ausschreitungen von dieser Seite würden nicht bestraft. Bei vielen Regimentern sei die Prügelstrafe wieder eingeführt worden, was in Schweden Anlaß zur Bildung eines über das ganze Land sich erstreckenden Vereins gegeben habe, dessen Zweck ist, all. Uebergriffe der Vorgesetzten zur Sprache zu bringen. Auch dem Intendanten zu dessen wurden gründlich die Leuten geleitet. Die Intendanten sollen bei Armeieiterungen Zwischenhändler gewesen sein und den Gewinn mit Lieferanten und Handwerkern getheilt haben. Die „Untersuchung“, die aus diesem Anlaß stattgefunden habe, bezeichnet Hedin als „eine colossale Lüge“, obwohl sie von Autswegen und auf Schriftlichem Grunde“ geschehen sei. Der Director Ober tabelte die beschleunigten Reorganisationen mitten im tiefsten Frieden sowie, daß die großen Militärlasten, die in Folge der 1892 bewilligten Reorganisation entstanden, jetzt entgegen den damaligen Versprechungen der Regierung auf die Schultern der Unbemittelten gewälzt worden seien. Aus Vortiehendem ist ersichtlich, wie herrlich weit es der Militarismus auch schon in Staaten gebracht hat, in denen man die Friedensabsprechungen besonders tiefe Wurzeln gefaßt zu haben

glaubte. Während die Regierung keine Zeit zu einem Entwurf für eine Ausbehnung des eng begrenzten Stimmrechts findet, nach dem das Volk seit Jahren verlangt, schwillt das Budgetbudget in unverhältnismäßiger Weise an.

Amerika.

Im Venezuela-Streit ist die Aussicht auf eine baldige Verständigung zwischen Venezuela und England nach Ansicht der „Times“ wieder geringer geworden. Venezuela selbst kräube sich, die Beziehungen mit England wieder aufzunehmen und suche in Wort und Schrift die öffentliche Meinung in der Union zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Dagegen sucht Präsident Cleveland zu beruhigen. Ein Telegramm des „New York World“ aus Caracas meldet, daß General Ujar aus den Vereinigten Staaten dort eingetroffen sei und dem Präsidenten von Venezuela, Crespo, ein Schreiben des Präsidenten Cleveland überreichte habe, in welchem derselbe sich an das Volk von Venezuela mit der Bitte wendet, es möge sich während der gegenwärtigen Krise jedes gewaltthätigen Vorgehens enthalten.

Parteiangelegenheiten.

Die Spitzelci blüht. Dem Landesvertrauensmann von Braunschweig ist die Mittheilung zugegangen, daß sich gegenwärtig ein Schneider und ein Elektroschneider in Braunschweig aufhielten, die in dem dringenden Verdacht stehen, in Hannover zwei Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung“ benuncirt zu haben. Dieselben sind, nach dem vergeblichen Versuch, dort eine antisemitische Partei zu gründen, unter Hinterlassung von Schuhen von Hannover nach Braunschweig abgereist. Derartige Spitzel tauchen überall auf und die Arbeiter thun allerorts gut, ihre Zungen zu zügeln.

Zwei Prozesse in Halle, in denen die Stellung der Socialdemokraten zum Meineid eine Rolle spielte, haben den dortigen Genossen Anlaß gegeben, in dieser Woche eine Protestversammlung zu veranstalten. Am letzten Donnerstag wurde der Maurer Schultze wegen fahrlässigen Meineids zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. In dieser Verhandlung war die Reueauslage des Amtsgerichtsrathes Dr. Bindjeil von Belang, wonach die Socialdemokraten den Meineid begünstigen. Am Sonnabend fand nun eine Verhandlung wegen Meineids gegen den früheren Polizeiergenten Kühne statt. In derselben spielte der Vertheidiger des Kühne als Trumpf die Behauptung aus, daß bekanntlich die Führer der Socialdemokraten die Meinung ausgesprochen haben, daß ein Meineid wohl erlaubt sei, wenn es sich darum handele, einen Genossen herauszuziehen. Hier bewirkte der Ric, weil der belastete Angeklagte Nichtsocialdemokrat war, Freisprechung. Daß man an öffentlicher Gerichtsstelle die offenkundigen Verteilungen gegen die Socialdemokraten ungerügt aussprechen darf, ist nicht dazu angethan, das im Volke noch vorhandene Vertrauen zu unserer Justiz zu erhalten.

Ein eigenes Preßorgan wollen die Karlsruher Genossen. Eine Parteiverammlung des 10. badischen Reichstagswahlkreises nahm nach eingehender Debatte folgenden Antrag an: „Die heutige öffentliche Parteiverammlung beschließt, eine Commission von 7 Mitgliedern zu wählen und unter Zugrundelegung des Antrages Obligationen oder Actien im Nominalewerth von 50 Btg. herauszugeben, um damit die Gründung eines täglich erscheinenden Blattes zu ermöglichen.“ Na, die Karlsruher Genossen mögen sich die Ausführung dieses schon gesetzlich unmöglichen und praktisch undurchführbaren Antrages doch noch recht überlegen. Laut der „Mannheimer Volksstimme“ eröffnete man der Parteiverammlung, daß ein Parteimitglied in Baden-Baden (Luz?) 10,000 Mark zu dem neuen Unternehmen beisteuern wolle, unter der Bedingung, daß es Anstellung in der Redaction finde. Nach den Aeußerungen, die sich unter den Anwesenden kundgaben, scheint man dieses Anerbieten energisch ablehnen zu wollen, da man sich nicht abhängig machen will.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung sind in Thern zwei polnische Arbeiter zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Einer Majestätsbeleidigung soll sich am 24. d. M. ein früherer Schlächtermeister, jetziger Arbeiter, in Hannover schuldig gemacht haben. Die angebliche Beleidigung soll im Locale des Gastwirths B., Marktstraße, während einer Unterhaltung über die Einrichtung Woblastowsy bezangen sein.

Dem Genossen Wagemann vom „Saalfelder Volksblatt“ in Saalfeld ist ein Eröffnungsverfahren bei Staatsanwaltschaft zugegangen, worin neben zwei angeblichen Kremlenbeleidigungen auch eine Anklage wegen sogenannter Majestätsbeleidigung sich verzeichnet findet. Der deutsh. Kaiser soll durch zwei selbständige Handlungen in Nr. 268 des „Saalfelder Volksblattes“ und Nr. 70 des „Thüringer Volksfreundes“ beleidigt sein.

Aus Mainz wird geschrieben: Vor den Schranken der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand der 60 jährige Tagelöhner Heinrich Deng aus Dillheim in Rheinhessen, angeklagt der Majestätsbeleidigung. Er soll während eines Gespräches mit einem anderen Tagelöhner, mit dem er im Felde zusammen arbeitete, den Großherzog von Hessen beleidigt haben. Der Denunciant, welcher als Zeuge der vor geschlossenen Thüren gepflogenen Verhandlung beiwohnte, machte indeß mit seinen Aussagen einen so unglauwbwürdigen Eindruck, daß der Bericht den Angeklagten freisprach.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ schreibt: Das Majestätsbeleidigungs-Denunciantentum scheint sich auch hier bemerkbar machen zu wollen. Vor einigen Tagen sahen am Stammtisch eines Restaurants in der Wächstraße mehrere Gäste, welche sich über patriotische Angelegenheiten unterhielten. Unter ihnen befanden sich auch der Borsellanwaare-Händler Holtmann, hier, Brautstraße wohnhaft, sowie ein Dramatiker. Die beiden letzteren gerietben bei der Discussion etwas in Harnisch, wobei sich schließlich der Beamte zu einer unbedachten Bemerkung hinreißt ließ. Der genannte Holtmann, ein hiesiger Antisemit, wirtete in derselben eine Beleidigung des Kaisers und hielt es für seine Pflicht, sofort die Abhandlung dieses Verbrechens zu veranlassen. Er verließ das Local und begab sich auf die Suche nach Polizei. Es dauerte nicht lange und H. erschien wieder im Locale, und zwar in Begleitung mehrerer Schupsteute, welche den „Majestätsbeleidiger“ führten. Als später H. sich wieder niedersezte, um auf seinen Lorberlen auszurufen, gabon mehrere der anwesenden

Herren ihren Gefühlen lebhaften Ausdruck, indem sie aufstehend Weise das Local verließen. Einige Tages später betrat H. ein anderes Local in der Wächstraße; sofort standen aber eine Anzahl Gäste auf und verließen, ohne ihr Bier auszutrinken, plötzlich das Local. Als dem erkrankten Wirth der Grund hierzu mitgetheilt wurde, soll er sich sehr anlaßt gesehen haben, dem unliebamen Gäste die Thür zu zeigen. In ähnlicher Weise soll es dem Manne auch noch in anderen Restaurants ergangen sein. — Der Verhaftete ist übrigens bereits am anderen Morgen wieder entlassen worden.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung in der Confectionindustrie. Am 20. Januar und im Laufe der letzten Woche beschloßen Schneider- und Näherinnen-Versammlungen in den Städten Karlsruhe, Leipzig, Dresden, Igeho, Silberheim, Worms, Halberstadt, Weimar und Stettin gleichfalls die bekannten Forderungen den Unternehmern, Händlern und Weistern zuzustellen. In Stettin, einem bedeutenden Confectionsort, fand die Versammlung in einem der größten Säle statt und war von ca. 4000 Schneidern und Näherinnen besucht. Der Saal mußte wegen des Andranges polizeilich gesperrt werden.

Am Sonntag ist das Flugblatt an die Bevölkerung Deutschlands, worin Aufklärung über die Zustände in der Confection gegeben wird, in einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren verbreitet worden. In Berlin und Umgegend wurde reichlich eine halbe Million verteilt.

Die Gewerkschaftscommission Desterreichs nahm im vergangenen Jahre insgesamt 17,781,554 fl. ein. Die Ausgaben betrugen 17,004,79 fl. (Drei Viertel der Einnahme restiren noch die Beiträge für den Monat December.) Gegenüber dem Jahre 1894 wurden 351,755 fl. mehr eingenommen. Die Zahl der bei der Commission angemeldeten Streiks betrug 204. Eine Anzahl von Streiks wurden auf Wunsch der betreffenden Lohncomites nicht veröffentlicht, um den Zuzug von Streikbrechern zu verhindern. — 39 pkt. der Streiks endeten mit vollständigem Erfolg, 21 mit theilweisem, 40 ohne jeden Erfolg. Die Streikstreiks hatten ein viel besseres Ergebnis, als die Angriffsstreiks. Sperren wurden über 1000 Stätten und Fabriken in 5 Fällen mit Erfolg verhängt; in 4 Fällen endeten sie zu Ungunsten der Arbeiter.

In Budapest hat ein Theil des Personals der Ersten ungarischen Journalfabrik die Arbeit eingestellt.

Aus der Schweiz. Das internationale Buchdrucker-Secretariat in Bern ladet alle dem internationalen Buchdruckerverband angehörenden nationalen Organisations zur Aeußerung über die Nothwendigkeit der Einberufung eines internationalen Buchdruckercongresses ein. Zur Verhandlung soll die Revision der gegenwärtig in Kraft bestehenden Bestimmungen betr. Arbeitsstellung und Unterstützung durch die ausländischen Verbände gestellt werden. Der Congress soll im Laufe dieses Frühjahrs oder Sommers abgehalten werden. Als Ort der Abhaltung wird Zürich und Brüssel vorgeschlagen. — Gleichzeitl theilt der Secretat mit, daß der italienische Buchdruckerverband seinen internationalen Verpflichtungen nachgekommen ist, während der spanische Verband sich noch weigert.

Der Schreinerstreik in Genf ist noch nicht beendet. Die früheren Verhandlungen waren daher befrucht. Abregelungen der ausständig gewordenen Schreiner sind an der Tagesordnung.

In den tessinischen Orten Biasca, Ossagno, Saborza, Giorno und Locarno ist ein Steinhauerstreik ausgebrochen. 300 Steinhauer legten die Arbeit nieder, weil sie zur Unterstützung einer Arbeitsordnung, die ihnen 12 ständige Arbeitszeit auferlegt, aufgefordert wurden.

Gerichtliches.

Hat der § 193 des Strafgesetzbuches noch einen Werth für die Presse? Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Hannover folgender Vorfall berichtet: Ein Proceß, der aus Neu zeigt, wie wenig Verwändniß oft die Ausgabe der Presse bei den Gerichten findet, ist am 20. Januar vor der hiesigen Strafkammer verhandelt worden. Der Journalisten-Redacteur des „Hannoverschen Courier“, Wilhelm Mayer-Jöhler, hatte sich wegen Beleidigung der Königlich-Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt durch einen Artikel über die Akademie zu verantworten. Der Artikel kritisierte ein Preisauschreiben der Akademie für 1896. Die Akademie hatte eine Preisaufrage gestellt, wie sich die Erziehung der weiblichen Jugend in den höheren Berufsständen vom 15. bis zum 20. Lebensjahre am zweckmäßigsten gestalten lasse, und auf die beste Abhandlung ist ein Preis von 300 Mk. als Honorar gesetzt, wofür aber der Verfasser das Eigentum an die königliche Akademie abtreten sollte. Der Angeklagte hatte daran eine scharfe Kritik geknüpft, indem er gewissermaßen Namens der geistlichen Arbeiter Verwahrung gegen eine nach seiner Ansicht ungebührliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft einlegte und auch das Publikum aufforderte, gegen ein derartiges Verfahren Front zu machen. Die Beleidigung wurde der Anklage zufolge namentlich geäußert in den Ausdrücken „kindisch kleiner Preis“, „Albernheiten und Ausbeuterien“, die der Angeklagte angewandt hatte. Der Angeklagte erklärte, daß er sich gegen die Mehrzahl der heutigen Preisconcurrenzen überhaupt nicht richten wollen, die mehr oder weniger darauf hinauszielen, für einen unverhältnismäßig geringen Preis eine Menge werthvoller Materialien zu erhalten, das von den Ausschreibern der Concurrenz dann geschäftlich ausgenutzt würde. Der Staatsanwalt beantragte 150 Mark Geldstrafe und warf dem Angeklagten vor, daß er seine Kritik ohne genügende Information geschrieben habe: es sei zu bedauern, daß viele Redactoren sich nicht genügend informirten, bevor sie etwas schrieben, sondern so in den Tag hinein schrieben. Der Gerichtshof erkannte auf 100 Mark Geldstrafe wegen der verletzenden Natur der angewandten Ausdrücke. Der Satz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) sei dem Angeklagten nicht zugewidmet worden, da er nicht behauptete, daß er sich an dem in Rede stehenden Preisauschreiben betheiligt habe. Was die getadelten geringen Preisätze vieler dergleichen Preisconcurrenzen anlangt, so sei zu erwägen, daß es sich bei ihnen wesentlich um Förderung junger aufstrebender Personen, die selbst nicht in der Lage sind, ihre Arbeiten zu veröffentlichen, handle, und daß es diesen mehr darum zu thun sei, bekannt zu werden, als größere Geldbeträge durch ihre Arbeit zu erhalten. Die Urtheilsbegründung muß höchlichst entfienden. Wenn einem Schriftstellers Wahrnehmung berechtigter Interessen zugegeben wird, dann wird der § 193 so gut wie bedeutungslos. Auch sonst giebt das Urtheil über die Ausführungen des Staatsanwalts zur Kritik Anlaß. Was der Staatsanwalt über die Redactoren sagte, läßt erkennen, daß ihm selbst die Information über das Preiswesen abgeht, und ebenso befanden die Urtheilsausführungen über die Preisconcurrenzen einen Mangel an Information über das Schriftstellertum.

Technik und Wissenschaft.

Entfernungen im Weltall. Ein neues Maß für große Entfernungen ist von einem amerikanischen Astronomen vorgeschlagen worden. Bekanntlich ist es für das menschliche Fassungsvermögen sehr schwer, sich von dem ungeheuren Ent-



fernungen zwischen zwei Himmelskörpern eine richtige Vorstellung zu bilden, und der Vorschlag, die astronomischen Entfernungen „telegraphisch“ anzugeben, ist deshalb als sehr praktisch zu bezeichnen. Wie das Bureau für Patentschutz und Verwertung von Dr. J. Stang u. Co. (Berlin) mittheilt, will man die Himmelsentfernungen nicht mehr durch große Längenzeichen z. B. Siriusweiten angeben, sondern durch die Zeit, in der eine telegraphische Nachricht von dem einen zum andern Himmelskörper gelangen könnte. Man geht davon aus, daß ein Signal, eine Secunde dazu braucht, um siebenmal um die Erde zu gelangen. Hiernach würde man in nur einer Secunde ein telegraphisches Zeichen nach dem Monde gelangen lassen können, während dies bis zur Sonne ungefähr acht Minuten dauern würde. Auf dem der Erde am nächsten stehenden Fixstern, Siern a im Centaur, würde dagegen eine hier zu einem bestimmten Zeitpunkt angegebene Nachricht erst nach vier Jahren gelangen. Es giebt aber auch Fixsterne, welche zwar noch sichtbar sind, die jedoch heute noch nicht die Nachricht von der Entdeckung Amerikas erhalten hätten, falls diese damals auf telegraphischem Wege an sie abgehandelt worden wäre und andere Sterne sind so weit entfernt, daß sie von der Erde aus nicht mehr gesehen werden können, deren Dasein uns jedoch die Photographie nachweist. Diese Sterne könnten noch nicht einmal Kunde von der Geburt Christi haben. Es ist dieses gewiß ein interessanter und lehrreicher Vergleich, welcher uns wieder in neuer Weise vor Augen führt, wie klein und winzig unsere Erde gegenüber den unermesslichen Entfernungen des Weltalls ist!

**Deutscher Reichstag.**

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

25. Sitzung vom 28. Januar 1896 — 1 Uhr.  
Präsident von Duol eröffnet die Sitzung.  
Die Verhandlung des Beschlusses des Reichstages des Annern wird beim Kapitel „Rechtsprechung zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung“ fortgesetzt. Es liegen dazu der bekannte sozialdemokratische Antrag und die Resolution des Centrums auf Abänderung bezug. Revision des Gesetzes vor.  
Abg. von Stauby (cons) bemerkt, daß die Ungenügsamkeit mit dem Alters- und Invaliditätsgesetze im Lande nicht abgenommen habe. Leider habe er erfahren, daß das Markensystem und das Beweisverfahren bei der Revision nicht abgeändert werden sollten. Diese grundlegenden Änderungen seien aber notwendig. Er halte auch für unumgänglich, die Einführung eines Umlogeverfahrens. Dann würden sich Ersparnisse in die Millionen von Mark erzielen lassen, die dann zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen verwendet werden könnten. Der bei der wirtschaftlich Schwache? Nicht nur der industrielle Arbeiter, dem es vielfach besser geht als dem Bauer. Dem Bauer geht es aber sehr schlecht wie seinen Brüdern (Laden links). Ja, man sollte es nicht glauben, wie tief die Lebenshaltung der Bauern herabgesunken ist. Der Bauer empfindet die Lasten des Gesetzes am schmerzlichsten. In diesem Sinne vertreten wir also ebenso gut wirtschaftlich Schwache, wie Sie (links). In liberalen Zeitungen ist der ganze conservativen Partei die Krugung des Abg. Gamp über den Zuschlag zur Salzsteuer angerechnet. Ich kann erklären, daß in der conservativen Partei Niemand für den Gedanken einer Erhöhung der Salzsteuer zu haben ist. Auch mit der Krugung des Abg. von Kardorff, er hätte nicht für das Altersversicherungsgesetz gestimmt wenn er gewußt hätte, daß das Sozialversicherungsgesetz aufgehoben werden würde, haben wir nichts zu thun. Das Sozialversicherungsgesetz hat sich aber nicht gegen das arbeitende Proletariat sondern nur gegen die Kapitalisten und Herr gestellt. An jeder

Stunde und Peltche hat auf der rechten Seite des Hauses wohl Niemand gedacht. Im Interesse der armen Bevölkerung bitte ich nochmals um Abschaffung des Markensystems und Abänderung des Beweisverfahrens. (Beifall rechts.)  
Staatssecretär von Stauby. Das Markensystem kann nur aufgehoben werden, wenn wir ein besseres System haben. Das ist aber noch nicht gefunden. Deshalb besteht aber keine Befürchtung, daß das Markensystem unter allen Umständen aufrecht erhalten bleibt. Das Gesetz hat meines Erachtens an Sympathien gewonnen, je mehr die Erkenntnis seiner socialen Bedeutung sich Bahn bricht. Fortgesetzt konnten Anträge an uns um Erweiterung des Kreises, dem die Wohlthaten des Gesetzes zu Theil werden.  
Abg. Dr. Pacht (freil. Vg.). Wir sind nicht gegen die Resolution, weil sie sehr allgemein gehalten ist. Die Erwartungen hat das Gesetz nicht erfüllt. Die hochtönenden Worte von der Errichtung des socialen Staats sind durch Ausbrüche der Unzufriedenheit bedrängt worden. Wie sich die einzelnen Parteien bei den Änderungen des Gesetzes denken, hat eigentlich kein Redner angeben können. Die Gedanken des Herrn Gamp, die Salzsteuer zu erhöhen, hat ja bei seinen eigenen Freunden keinen Anklang gefunden, er ist also nicht ernst zu nehmen. Das Markensystem ist nicht das Unangenehme, es werden noch viel mehr Postmarken gegeben. Der Uebelstand liegt in dem Aufbewahrungssystem. Was die Socialdemokraten fordern ist nur der Anfang, die äußerste Linie wird bald die Verdoppelung der Beiträge verlangen und noch mehr. Aber dieses Ende der Entwicklung ist von uns schon vorhergesehen worden, bei Erlass des Gesetzes.  
Abg. Dr. Ganeerus (nais). Wenn wir auf dem Boden der freien Versicherung geblieben wären, hätten wir heute in Deutschland kaum eine Spur von Altersversicherung. Der Antrag Gamp ist rein informativ und deshalb stimme ich für den Antrag, wenn ich auch durchaus gegen die Einstellung der Annahmungen zum Reichsbudget bin. Der Ausbau der Alters- und Invaliditätsversicherung ist durchaus geboten, insbesondere muß die Fürsorge für Wittwen und Waisen einbezogen werden. Der Weg, den der sozialdemokratische Antrag vorschlägt, erscheint mir ungangbar. Entschieden kann man sich aber alle diese Fragen erst wenn sich das bisherige finanzielle Ergebniss der Versicherung übersehen läßt. Vielleicht läßt sich eine Berechnung darüber, welche Ueberschüsse nach der jetzigen Höhe der Beiträge zu erwarten sind und sein werden, bis zur dritten Sitzung von der Regierung beschaffen.  
Abg. Graf v. Rosen (cons): In unserer Liebe für die wirtschaftlich Schwachen lassen wir uns von keiner Partei überreden, am wenigsten von den Socialdemokraten, die nur den Unfrieden sähen und dies auch durch ihren hier vorliegenden mit dem Abg. des Staats nicht durchführbaren Antrag, beweisen. Wir lassen uns in dieser Liebe auch nicht überreden von den jungen Strebern der Schwarmgeister, die sich leider vom Boden der conservativen Partei entfernen (Laden links) für uns gut das Wort des Apokryphen: Fürchtet Gott, ehret den König und habet die Brüder lieb und ihuet Ehre jedermann. (Laden links. Zwischenrufe bei den Socialdemokraten.) Bei Erlass des Gesetzes sind zu sehr die eigentlichen Handarbeiter als die wirtschaftlich Schwachen betrachtet worden, vergessen hat man die kleinen Handwerker, die Landwirthe, die Wittwen. Die Hauptbede des Gesetzes ist, daß es für diese Leute nicht langt. Die zweite Schwäche des Gesetzes besteht darin, daß trotz der socialen Last nur der Arbeitgeber auf dem Lande die Beiträge zahlen. Bitte Landwirthe, große und kleine sind nun noch die Vermauer ihrer Gläubiger. Soll das Gesetz radikal wirken, so muß es dahin abgeändert werden, daß eine allgemeine Rentenversicherungsanstalt geschaffen wird. Jeder, Mannlein und Frauenlein, muß sich versichern, muß, jeden mit 4 Mk. jährlich ab dem 15. Lebensjahr an. Das heißt, müßten dann die Kommunen durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufbringen. Mit der von Gamp vorgeschlagenen Salzsteuer bin ich nicht einverstanden.  
Abg. Singer (soc): Es wird uns hier vorgeworfen, daß wir unsere Anträge lediglich aus egoistischen Gründen gestellt hätten. Der Abg. Graf Rosen hat uns gegenüber hervor, daß die conservativen Partei, wenn ein Vorschlag, den sie befürwortet habe, Gesetz geworden ist, sich dann auf den Boden dieses Gesetzes stelle. Nun, bei den Handelsverträgen haben wir das gerade nicht bemerkt. (Sehr wahr und herzlich naut.) Der Herr Graf sprach weiter davon, daß die conservativen Partei sich von keiner ändern in der Liebe zu den Schwachen überreden laße. Dieses Wortmann um

die Günst der wirtschaftlich Schwachen“, das die anderen Parteien heranzustellen, lernen wir bei allen Wahlen kennen. Diese Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen sollte nicht bloß eine platonische Anekdote bleiben, wie bisher immer, sondern ihren praktischen Ausdruck in bestimmten Anträgen, wie es die untern sind, finden. Die Conservativen klagen stets über die Lasten, die der Landwirtschaft durch die Altersversicherung aufgebürdet worden seien. Pastor Schall stellte es am Sonnabend sogar als eine hohe patriotische Leistung hin, daß die Landwirtschaft diese Lasten auf sich genommen habe. Gehen wir der Sache einmal auf den Grund. Der Vortheil aus der Altersversicherung kommt — von den Rentenempfängern abgesehen, wesentlich den Landwirthen, namentlich den ostelbischen, zu Gute. Entweder führt nämlich der Empfang der Altersrente zu einer plötzlichen Einkommensherabsetzung des Lohnes für die alten Leute, oder es tritt für die Landwirtschaft wenigstens eine Herabsetzung der Lasten der Armenpflege ein. Es ist also unrichtig, daß die Landwirthe durch die Altersversicherung gedrückt werden. Das sind wirkliche Thatfachen. (Widerstand rechts.) Wenn es die Herren tröstet, so will ich gern zugeben, daß den Landwirthen der traurige Ruhm nicht allein gebührt, den Lohn der alten Arbeiter um den Betrag der Altersrente zu kürzen. Die Staatsverweirten machen es ebenso. Wir werden später bei der Beratung der betr. Etatsposition noch weiter darauf eingehen. Natürlich wird niemals der Empfang der Altersrente als wirklicher Grund angegeben. Es heißt immer: Ihr könnt nicht mehr so viel leisten, als früher. Aber dieser Mangel an Arbeitsleistung stellt sich merkwürdiger Weise stets ein, wenn die Altersrente erreicht ist. — Ich bestreite entschieden, daß unsere Anträge undurchführbar seien. Unser Antrag auf Herabsetzung der Altersrente auf das 60. Jahr deckt sich mit den Wünschen der Arbeiterkreise. Schon bei der ersten Beratung des Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzes beantragten wir diese Herabsetzung. Es ist nur consequent, wenn wir jetzt, wo es sich nur um eine Reform des Gesetzes handelt, dies wiederholen. Die Voraussetzung für unseren Antrag ist natürlich, daß die bestehenden Klassen die nötigen Mittel aufbringen, um dieser socialen Pflicht zu genügen. Wenn die Parteien im Hause und die Regierung nur die Nothwendigkeit einer Herabsetzung der Altersrente anerkennen wollten, die Mittel für die Durchführung liegen sich schon finden, ohne daß eine Steuererhöhung erforderlich wäre. Es ist erfreulich, daß die conservativen Partei den Gamp'schen Vorschlag, die Salzsteuer zu erhöhen, verwirft. Hoffentlich reicht diese Gegnerschaft zur Salzsteuer so weit, daß sie auch einem Antrag auf gänzliche Aufhebung der Salzsteuer, den wir demnächst stellen werden, zustimmen wird. — Die jetzige Art, in der die Invalidenrente anerkannt wird, steht außerordentlich wenig Leute in ihrem Genuß. Deshalb müssen bessere Bedingungen für den Empfang der Rente aufgestellt werden. Heute haben es die Versicherungsanstalten hauptsächlich in der Hand, jeden Anspruch auf Invalidenrente zurückzuweisen. Es ist ein Akt der Gümmlichkeit, wenn sie dies gethären. Wenn das Gesetz günstig wirken soll, dann muß dem Begriff Invalidität eine Fassung gegeben werden, wie sie unser Antrag vorschlägt. Die Nationalliberalen bei der Berechnung der Rente maßgebend sein soll. Die Individualnabnahme des Individuallohnes ist aber das einzig Richtige. Ernsthaften Willen vorausgesetzt, sind unsere Anträge durchführbar. Die Discussion hat sich nicht nur mit der Reform, sie p. sich auf das Princip der Versicherungsgesetzgebung verworfen. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, aber nicht weil uns das Princip, auf dem es beruht, unrichtig erschien, sondern weil die Leistungen des Gesetzes ungenügend sind. Damit haben wir nat. sich nicht die Absicht aufgegeben, das Gesetz zu verbessern und deshalb stellen wir unsere Anträge. Der Abgeordnete Pacht hat auf die englischen Arbeiterverhältnisse hingewiesen. Wenn die Verhältnisse der englischen Arbeiter besser sind, so verdanken sie das einzig und allein ihrer unbedingten Coalitionsfreiheit. Wenn Sie das freie Coalitionsrecht den deutschen Arbeitern geben wollten, dann ließe sich darüber reden, ob nicht die ganze Versicherungsgesetzgebung dagegen eingetauscht werden könnte. Aber das wollen Sie (zur Rechten) eben nicht. Die Conservativen und Herr von Stumm steifen sich darauf, daß sie auch Arbeitervertreter seien. Ich bestreite nicht, daß sich unter ihren Wählern Arbeiter befinden mögen. Aber

**Volks - Versammlung**

Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Tivoli“, Neudorfstraße.  
Tagesordnung: 1. Der agrarische Raubzug auf die Tischen des Volkes! Referent: Reichstagsabgeordneter H. M. Akenbahr.  
Hamburg. 2. Discussion.  
Frauen sind eingeladen.  
Der Einberufer.

**Stadt-Theater.**  
Mittwoch:  
„Der Tod des Mercutio“  
Donnerstag:  
Wiederholung d. Freibühnenstellung zur  
Gabe d. 25-jährigen General-  
festes der Niederserrichtung  
des deutschen Reiches“

**Lobe-Theater.**  
Mittwoch:  
„Die Schatz der Frauen“  
„Comique Concert“  
Donnerstag:  
Dieselbe Vorstellung.

**Victoria-Theater.**  
Donnerstag:  
Budapester  
Foucault-Theater.  
Uebung des Concerts 7 Uhr  
der Beneficenz 7 1/2.

**„Harmonie“**  
Hofstraße 27.  
Singschule:  
Singschule:  
Singschule:  
Singschule:

**Fabrik von Arbeiter-Garderobe**  
Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken  
in allerhöchster Qualität bei H. Liedtke, Seidenstr. 20.

**Arac Rum Cognac**  
Original- aus Tafel-Liquoren  
Kannibaler Arbeiterbier,  
589 Mandarinen-Singer,  
Schachtelbier,  
Bretischer Cognac etc.  
„Nacht“  
Kaiser- und Kaiserin-Bier,  
alkoholischer Schaum mit Wein  
abgerollt. Herkules,  
Johannessen, Pilsener,  
Jahres- und Winterbier,  
Glas.  
Wein-Typus mit Weisheit  
empfehlen

**Hermann Selde**  
BRESLAU, Ring 27.  
Telephon No. 2  
Breslauer- und Jüdischer in  
Juden, in Gassen in Jek.

**Photographie!**  
Vergrößerungen nach kleinen Bildern  
zu Gelegenheits-Geschenken vorzüglich geeignet  
von 3 Mark an.  
Herr P. W. Pfeiffer, Moststraße 14.

**Die Schuhfabrik von Max Treitel jr.**  
Henschelstraße 16,  
573

auswählend den besten Materialien, nach neuesten Facons dauerhaft  
hergestellten Schuhwerk aus Leder, Stoffen, etc.  
Herrn: Halb der Schwestern  
von Nr. 7,50-10,-  
Herrn: Halb der Schwestern  
von Nr. 6,50-10,-  
Herrn: Halb der Schwestern  
von Nr. 7,50-9,-  
Herrn: Halb, Halb, Halb,  
Schwestern von Nr. 5,00-7,50  
Knaben-Schuhwerk in allen Größen  
von Nr. 1,00-6,00  
Hilfs-Schuhwerk für Damen und  
Kinder von Nr. 1,00-2,50  
Cost. Schuhwerk: Boots, Herren,  
Damen u. Kinder von Nr. 1,50-5,00  
Schuhwerk, das größte L. Schuhwerk  
Wiener, in allen Größen  
von Nr. 2,50-5,00  
auswählend in allen Facons  
Schuhwerk: Herren, Knaben, Mädchen, Kinder und mit allen  
Kategorien gefertigt in Schuhfabrik ausgeführt.



**Der Ausverkauf**  
des Bruno Lomnitz'schen  
**Concurs-Waaren-Lagers**  
findet werktäglich im bisherigen Geschäftslocale.  
**Carlsplatz 6,**  
Hatt.  
553

**Deccius-Kalender.**  
Breslau.  
Donnerstag, den 30. Januar:  
Bereitigung der Kalender,  
Kaufleute, Kaufleute und ver-  
wandten Berufsgenossen  
abds. von 7 1/2-9 1/2 Uhr: Ver-  
sammlung im Vereinslocal bei  
Göbel, die Tanten, Reumarkt

Zahlend — Aufnahme neuer  
Mitglieder — Kollegen, welche  
nicht der Bereinigung angehören,  
find a's Gäste willkommen  
Gesang der Breslauer  
Hilfsarbeiter. Abds. v. 8 1/2-10  
Uhr: Uebungsstunde im Ver-  
einslocal zum rothen Thoren,  
Rupertschmedeurgasse 21.



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

ebenso unbestreitbar ist, daß die Arbeiterklasse, soweit sie politisch organisiert ist, in der Socialdemokratie ihre Vertretung findet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zum Schluß habe ich noch eine kurze Erklärung abzugeben. Wir sehen voraus, daß unsere Anträge eine Majorität im Hause nicht finden. Wir werden deshalb für den Antrag Stige stimmen. Zwar ist er bei Weitem nicht ausreichend, auch lassen wir es nicht gelten, daß sich die Punkte, in denen das Gesetz revisionsbedürftig ist, nicht bestimmen ausdrücken lassen. Wir stimmen aber deshalb für ihn, weil wir es immerhin als einen kleinen Vortritt erachten, wenn die Regierung vom Reichstag bestimmt aufgefordert wird, der Sterilität auf diesem Gebiete ein Ende zu machen. Es geht mit der Revision der Altersversicherung, wie mit der Revision der Unfallversicherung. Die oft und wie freundlich hat nicht Herr von Bötticher versprochen, unsere Anregungen entgegenzunehmen. Nichts ist bisher geschehen. Das muß ein Ende nehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatsminister von Bötticher: Diese Anregung des Reichstages ist entbehrlich. Die Revision des Gesetzes befindet sich in einem Stadium, daß ihr Ergebnis dem Reichstage in nächster Zeit vorgelegt werden kann. Wenn die Revision nicht schneller erfolgt ist, so liegt das an der Schwierigkeit, die dabei zu überwinden sind. Ja, wenn jede Rede hier sofort zu einem Entwurf würde. Es kann keinem, am wenigsten mir, der Vorkurs gemacht werden, es fehle ihm an gutem Willen. Was den Antrag Auer betrifft, so habe ich neulich bereits gesagt, daß die Herabsetzung der Altersgrenze eine Verbesserung der Lage erfordert würde. Die von der Landwirtschaft noch dem Handwerk kann das aufgewendet werden. Die vom Abgeordneten Enneccerus gewünschte rechnerische Zusammenstellung ist bereits vorhanden. Darnach ist bei den jetzigen Beiträgen bis zum Jahre 1900 incl. ein Ueberschuß von 332 Millionen zu erwarten. Außerdem werden dann 101 Mill. Reservefonds vorhanden sein. Zusammen wären dann 433 Mill. verfügbar. Die Versorgung der Wittwen und Waisen würde bis 1900 etwa 349 Millionen erfordern. Wir haben 433 Millionen zur Disposition, auf 4 Jahre würde sich demnach eine Wittwenversorgung ermöglichen. Von 1901 an aber würde eine Erhöhung der gesamten Beiträge unerlässlich sein. Auch hier ist also äußerste Vorsicht geboten.

Abg. v. Staudt (cont.): Ich bin kein Gegner des Gesetzes, halte aber eine Reform für nötig. Wenn Abg. Singer von einer Aufhebung der Salzsteuer gesprochen hat, so kann ich ihm nur mittheilen, daß ich und eine Anzahl meiner Freunde, die nicht gering ist, mit ihm darin einverstanden ist. Ich bestreite, daß die Altersrente zu Lohnabhängigen verwendet wird. Nur bei der Bemessung der Unterstützung aus der Armenpflege wird die Altersrente in Berechnung gezogen. Die Armenpflege auf dem Lande, besonders auf den Gütern, steht hoch über der städtischen Armenpflege. (Widerpruch links). Was wird den Armen nicht an Naturalien und Wohnung auf dem Lande gewährt? Viel mehr, als die paar Mark monatliche Armenunterstützung in der Stadt, 6 Mark für eine Witwe mit drei Kindern. Der industrielle Arbeiter steht an Intelligenz durchaus nicht über dem ländlichen Arbeiter. Wenn er socialdemokratisch wählt, so ist mit daran Schuld der Terrorismus der Partei. Die Socialdemokraten haben wesentlich nur die industriellen Arbeiter hinter sich.

Abg. Singer: Es ist mir gar nicht eingefallen, die ländlichen Arbeiter auf ein höheres Niveau zu stellen, als die industriellen. Ich habe mit auseinandergelegt, daß wir das Recht haben, uns Vertreter der Arbeiter zu nennen, da die politisch organisierte Arbeiterklasse in uns ihre Vertretung gefunden hat. Diese Thatsache wird Herr von Staudt nicht aus der Welt schaffen können. Das selbständige Denken allein nützt freilich nichts, wenn die ökonomische Macht nicht da ist, die Befähigung zu behältigen, wenn bei Ihnen die Behörden vom Landrath bis zum Nachtwächter die freie Wahl zu hindern suchen. Machen Sie doch einmal die Probe auf's Exempel, dann wollen wir sehen, wen das freie Denken der Arbeiter in den Reichstag schicken wird. Jetzt sogar bringen wir schon in ländlichen Wahlkreisen vor. Daß wir z. B. in Mecklenburg schon in die Stichwahl gekommen sind, ist doch symptomatisch. Herr v. Staudt hat behauptet, die Armenpflege auf dem Lande sei besser als in Berlin. Mir ist die Armenpflege in Berlin nicht hoch genug, aber ich würde doch der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wollte ich nicht zugeben, daß die Armenpflege in Berlin und in wohl allen größeren und mittleren Städten besser ist, als auf dem ländlichen Lande. Hören Sie nur, was die Leute auf dem Lande über die Naturalversorgung sagen und es ist leider ein wahres Wort, daß die Schweinehälle der Großgrundbesitzer besser sind als die Wohnungen der Landarmen. Daß Herr von Staudt mit uns einverstanden ist, die Salzsteuer überhaupt zu beseitigen, ist sehr erfreulich. (Abg. Staudt: Wenn die Mittel dazu da sind!) Oh, die Mittel sind zu beschaffen durch Besteuerung des Besitzes, der im Stande ist, die Lasten der Steuer zu tragen. Was meine Bemerkung über die Lohnherabsetzung betrifft, so habe ich behauptet, daß in vielen Fällen die Altersrente benutzt worden ist, um den Lohn zu kürzen und das halte ich für unrecht. Dem Herrn Staatssecretär möchte ich die Anregung geben, daß bei den Nachweisungen die Zahl derjenigen Rentner angegeben wird, die bereits von der Armenpflege in Anspruch genommen worden sind. Diese Zahlen würden dem Abg. von Staudt am Besten den Beweis liefern für die Güte der Armenpflege auf dem Lande. (Beif. v. d. Soc.)

Abg. Frhr. von Stumm (Np): Ich und meine Freunde sind niemals Gegner des Coalitionsrechtes gewesen, sondern nur Gegner des Coalitionsprivilegiums. Es muß aber verbunden werden, daß das Coalitionsrecht zum Terrorismus gegen die Arbeitgeber aufhört.

Abg. Stadthagen (Soc.): Herr von Staudt behauptet, die Armenpflege auf dem Lande sei besser als in Berlin. Das ist eine ungenügende Behauptung. In Berlin werden jährlich sieben Millionen Mark für die Armenpflege ausgegeben. Die monatliche Unterstützung beträgt durchschnittlich 14 Mark. Wenn wir uns nun auf Grund des Gesetzes, betreffend den Unterstützungswohnort, an die Gemeinden auf dem Lande um 6 Mark Unterstützung wenden, dann bitten uns diese Gemeinden stets um gänzliche Ueberlassung des Armen, weil sie ihn mit weniger als 6 Mark erhalten können. Dann kommen aber die armen Leute und klagen uns, wie ich schon es auf dem Lande haben. Im Westen ist's etwas besser wie im Osten. Im Osten leben die Armen aber thätigst schlechter wie die Schweine, die es bei Ihnen (rechts) ja so gut haben. Wie Herr von Stumm, von dem genüßlich festgesetzt ist, daß er sich mit andern Arbeitgebern zu verbinden gesucht hat, um keine Arbeiter, die Socialdemokraten sind oder auch nur die Hilfe leisten, zu beschäftigen — an die ultramontane Gewinnung seiner Arbeiter hat er sich noch nicht herangewagt — wie dieser Herr sich hier als Freund des Coalitionsrechtes hinstellen kann, ist mir nicht erfindlich. Genosse Singer hat um die Reformen, wie viel Renten von der Armenpflege reclamiert würden besser wäre es, die Bestimmungen anzubahnen, wonach eine Rente von der Armenpflege in Anspruch genommen werden darf. Wenn Sie wirklich reformieren wollen, dann stimmen Sie doch unseren doch leicht durchführbaren Antrag zu. (Beif. bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stige (Np): Ich habe nur dem Abg. Singer zu erwidern, daß ich auch für eine Aenderung des Begriffs Invalidität bin. Der socialdemokratische Antrag ist nicht durchführbar, aber die Reform ist zu machen und im Vorstadium, diese Reform auf eine praktische Annahme der Anträge zu bringen, ist von socialdemokratischer Seite nicht gemacht worden. Eine Herabsetzung der Altersgrenze würde eine noch weitere Verschärfung des Rentenempfangs zu Gunsten der ländlichen Arbeiter zur Folge haben.

Die Discussion wird geschlossen, der Titel bewilligt. Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und jüdischen Volkspartei abgelehnt. Die Resolution Stige wird einstimmig angenommen.

Beim Titel „Auswanderungswesen“ antwortet Staatssecretär von Bötticher auf eine Anfrage des Abgeordneten Hammacher (natl.), daß ein neues Auswanderungsgesetz in Vorbereitung ist. Ob es noch in dieser Session vorgelegt werden kann ist unbestimmt. Er sowohl wie das Auswärtige Amt würden die Materie jedenfalls nach Kräften fördern.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Commission für Arbeiterstatistik“ nimmt das Wort

Abg. Hebel (Soc.): Das Interesse für Arbeiterstatistik scheint im Hause erfreulich gestiegen zu sein. Die 120 Protocolle der Commission waren immer bald vergriffen. Man sollte diese Protocolle sämtlichen Mitgliedern des Hauses officiell zustellen. Aber seitens des Bundesrathes ist so gut wie Nichts geschehen. Seitdem vor Jahren die kaiserlichen Erlasse ergangen sind ist nur die Arbeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter etwas eingeschränkt worden. Im Bäckereigewerbe ist noch nichts geschehen, obwohl die Commission selbst einen Entwurf zur Abstellung der Mißstände ausgearbeitet hat und obwohl dieser Entwurf noch zur Zeit des Grafen Caprivi der Regierung übermittlelt worden ist. Wenn in einer Branche, dann war es nötig im Bäckereigewerbe, von der bescretionären Vollmacht des Bundesrathes Gebrauch zu machen und ein Eingreifen der Behörden zu veranlassen. Es besteht in der Bäckerei neben 14- bis 16stündiger Arbeitszeit keine Sonntagsruhe. Ja, 24 Stunden freie Zeit haben die Bäckergesellen nicht einmal hinter einander, höchstens einmal 15 oder 18 Stunden. Man hat der Commission vorgeworfen, sie habe mit Ausarbeitung des Entwurfs ihre Befugnisse überschritten, aber nach dem Wortlaut der Erlasse im Jahre 1890 war die Commission wohl dazu berechtigt, den Entwurf auszuarbeiten. Wie groß die Ausbeutung der Bäckereiarbeiter ist, beweist ein Gutachter des Rectors Schwing in Köln, der über seine Erfahrungen über die Bäckergesellen in den Fortbildungsschulen berichtet. Er sagt, die Bäckergesellen ständen geistig tiefer als alle übrigen Handwerker und führt das auf das außerordentliche Maß von körperlicher Ausbeutung zurück. Es mache sich bei den Bäckern hochgradiger Stumpfsinn bemerkbar. Die Löhne seien bei ihnen die niedrigsten von allen Handwerkern. Herr Schwing hat gesagt und ich muß sagen, eine Einschränkung der Arbeitszeit genügt nicht, es ist notwendig, daß das Bäckergewerbe auch einer ständigen ganz bestimmten Controle unterworfen werden. Die Anforderungen selbst der socialdemokratischen Arbeiter im Bäckereigewerbe sind wahrhaftig nicht als radical zu bezeichnen. In einer Petition socialdemokratischer Bäckergesellen wird gebeten, die Arbeitszeit auf höchstens 12 Stunden festzusetzen. Der Widerstand der Unternehmer ist aber auch dagegen schon ermarkt. Der Germaniaverband in Berlin hat für den Fall, daß der Bundesrath Beschränkungen erlassen sollte, schon den Beschluß gefaßt, ein Zündniedrigesuch an den Kaiser zu richten. Die Arbeiter sind mit dem Bundesrath nicht zufrieden, sie meinen nun einmal, daß es mit der Socialreform im Reichsamt des Innern arg havert (Widerpruch des Ministers von Bötticher). Ihnen persönlich will ich keinen Vorwurf machen. Sie haben viel zu viel zu thun. Für den Stoff, den Sie zu bearbeiten haben, wären drei Reichsämter nicht zu viel. (Heiterkeit.) Von Herrn von Rottenburg behaupten Gerüchte, daß er aus seinem Amte herausgegraut worden ist, weil er die Socialreform zu ernsthaft genommen habe. Auch schloß ich aus der einen Stelle in der Programmrede des Fürsten Hohenzollern vom 11. December 1894, daß er ungleich weniger Neigung zur Socialreform, als sein Vorgänger Caprivi besitzt. Der Commission für Arbeiterstatistik sind neue Aufgaben nicht mehr gestellt worden, nachdem sie die alten bis auf einen kleinen Rest erledigt hat. In großen Zwischenräumen haben ihre Sitzungen stattgefunden. Dabei ist Stoff für ihre Arbeiten in Hülle und Fülle vorhanden. Die Verhältnisse der Omnibus- und Pferdebahnfahrer müssen untersucht, die Verhältnisse in den Fleischereien müssen geprüft werden, ob sie nicht ähnlich wie in den Bäckereien sind. Hauptsächlich aber verdient die Lage der Arbeiterinnen in den verschiedenen Branchen eine genaue Untersuchung. Augenblicklich ist unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Confectionbranche eine lebhafteste Agitation zur Beseitigung der entsetzlichen Zustände der Hausarbeit im Gange. Die betreffende Organisation hat sich im vorigen Jahre an den Reichstanzler mit dem Ersuchen gewandt, die Commission für Arbeiterstatistik mit der Untersuchung der Zustände zu betrauen. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Nehmen Sie die Sache nicht leicht. Sie werfen uns vor, wir hegten, wir verbreiteten Uebertreibungen. Die Zustände in der Hausindustrie, in der Confection sind viel schlimmer, als sie je ein Socialdemokrat geschildert hat. Das Sweating-System ist nicht bloß traurig für die Arbeiter, es ist geradezu eine Gefahr für das öffentliche Wohl. Frauen- und Kinderconfection, Wäsche wird in Räumen verfertigt, die aller Menschlichkeit spotten, die zugleich Wohn-, Schlaf- und Speisestube, Küche und Arbeitszimmer sind. Wie leicht können auf diese Weise ansteckende Krankheiten, Scharlach, Diphtherie u. s. w. verbreitet werden. Was nützen bei solchen Zuständen alle hygienischen Maßregeln des Staates und der Communen? Reines Arbeitsmaterial ist hier für die Commission vorhanden. Damit man ihr nicht Ueberschreitung ihrer Befugnisse vorwerfe, schlage ich vor, sie „Commission für die Untersuchung der Arbeiterverhältnisse“ zu nennen. Nicht bloß die Arbeitszeit, die gemeinsamen Lebens-, Wohn- und Wohnverhältnisse der Arbeiter muß sie untersuchen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Confection verlangen mit vollem Recht, daß die Heimarbeit als gesundheitsgefährlich verboten werde, und daß so die Unternehmer gezwungen würden, überall Betriebsmerkmale einzurichten. Sie verlangen menschenwürdige Arbeitsräume.

Ich hege die dringende Erwartung, daß die verbündeten Regierungen in ganz anderer Weise als bisher ihre Pflichten thun. Wenn Sie überhaupt dem Wadsthum der Socialdemokratie Einhalt gebieten können, dann nur auf dem Wege, daß Sie sociale Reformmaßregeln durchführen, die die Arbeiter befriedigen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatsminister von Bötticher: Dem Wunsch, daß ein schnelleres Tempo eingeschlagen wird, schließe ich mich an. Daß in untern gewerblichen Verhältnissen in Bezug auf die Arbeitszeit, Gesundheitspflege und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter noch viele Mißstände vorhanden sind, wird von keiner Seite bestritten. Um aber Abhilfe zu schaffen, dazu ist Zeit notwendig. Der Gedanke allein thut nicht. Die Commission für die Arbeiterstatistik hat ausgiebig gearbeitet, wenn nicht so viel Sitzungen hätte stattfinden können, wie der Vorredner wünscht, so liegt das daran, daß der hochverehrte Herr von Rottenburg durch seinen Gesundheitszustand gehindert war. Von keiner Seite ist die vorerwähnte wichtige Beante herausgegraut worden. Die Protocolle der Commission für Arbeiterstatistik stelle ich gern in weiteren 100 Exemplaren zur Verfügung der Reichstagsabgeordneten Ueber die Erhebung von Bäckergewerbe sind bei den maßgebenden Instanzen Meinungsverschiedenheiten entstanden, die erst ausgetragen werden müssen. Augenblicklich befassen sich die Ausschüsse des Bundesrathes mit einer Vorlage der preussischen Regierung hierüber, die sich auch auf die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe bezieht. Was die Bekatung im Handelsgewerbe anbelangt, so wird der Bericht darüber dem Reichstags in den nächsten Tagen vorgelegt. Die nächste Sitzung der Commission ist für den Februar in Aussicht genommen: sie wird sich mit dem Mälergewerbe und dem Ergebnis der Enquete des Galvanisiergewerbes zu beschäftigen haben. Eine Enquete über das Lederbindergewerbe ist in Aussicht genommen. Die Commission hat das Recht, Anträge zu stellen, so daß ich es der Commission nicht

verdacht habe, wenn sie ein fertiges Gesetz über die Bäckereien vorgelegt hat. Die Commission hat ein reiches Feld für ihre Thätigkeit, aber Zeit zu Ihren Arbeiten muß sie haben. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auf dem Gebiet des Arbeiterrechtes Gesetz und Verwaltung rasch vorgehen müssen.

Abg. Hebel: Warum ist der Minister so knauserig mit den Protocollen der Commission für Arbeiterstatistik? Erst hatten wir 120, jetzt verspricht er 100 weitere Exemplare, warum will er nicht 397 liefern? Schrott ist Herr von Bötticher nie, (Heiterkeit) aber in der Sache sind wir nicht mit ihm einverstanden. Wir sagen denn doch: der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Thaten sehen! Er sagt, die Socialreform braucht Zeit. Ich verlange auch nicht, daß Gesetzentwürfe so rasch geliefert werden wie der Bäcker die Semmel liefert, aber es kommt doch darauf an, ob man die Sache überhaupt anpackt. Wie liegt es nun hier? Im Februar 1893 beschloß die Commission für Arbeiterstatistik den Reichstanzler zu ersuchen, die Verhältnisse der Hausindustrie in den Kreis ihrer Erörterungen zu stellen. Am 30. Juni 1893 ging hierauf ein zustimmendes Schreiben an den Grafen Caprivi ein. Seitdem ist nicht das Geringste mehr geschehen. Herr von Bötticher weist auf die Krankheit des Herrn von Rottenburg hin. So bedauerlich diese Erkrankung ist, Herr v. R. hat doch einen Stellvertreter; man kann doch nicht wegen der Erkrankung eines Mannes die Arbeiten einer ganzen Commission auf Jahr und Tag verschieben. Vom November 1894 hat bis zum December 1895 überhaupt keine Commissionssitzung stattgefunden. Das ist denn doch ein mehr als schneckenmäßiger Gang der Verhandlungen. So kommen wir nie zu einem positiven Resultate. Endlich — im December 1895 gelangt der Entwurf betr. Arbeitszeit in den Bäckereien an den Bundesrath, nachdem im Juni 1894 bereits der letzte Bericht der Commission hierüber in den Händen des Reichstanzlers war. 1 1/2 Jahre sind also thatenlos verstrichen. Von Cifer ist da wirklich nichts zu spüren. Warum hat der Bundesrath nicht von seinem Verordnungsrecht Gebrauch gemacht, um das Sweating-System in der Confection zu beseitigen? Die Verordnungen des Bundesrathes über die Höhe der Arbeitsräume in den Cigarrenfabriken hat das Sweating System dort zum Nutzen der Arbeiter beseitigt. In den Kreisen der Bäckereiarbeiter ist nichts von polizeilichen Revisionen ihrer Arbeitsstätten bemerkt worden. Dieselben elendlichen Zustände herrschen dort nach wie vor. Besonders läßt die Heimlichkeit alles zu wünschen übrig. Man hat nicht gehört, daß die Polizei irgendwo dagegen eingeschritten wäre. Es fehlt ihr an Zeit und an der Fähigkeit dazu. Von den Polizeibeamten, wie sie jetzt sind, ist da überhaupt nicht viel zu erwarten. Vielleicht ist es notwendig, eine directe Wohlfahrtspolizei zu schaffen. — Die Bäckereiarbeiter beklagen sich außerdem darüber, daß in den Verordnungen über die Sonntagsarbeit in den Bäckereien in den verschiedenen Staaten ganz verschiedene Bestimmungen gelten. In Preußen soll am Sonntag um 5 Uhr Morgens jede Thätigkeit in den Bäckereien, auch das Brotbacken, aufhören. In Hessen darf das Brot am Sonntag nach 8 Uhr noch ausgetragen werden. Warum hat man im Bundesrath nicht für Einheitlichkeit hierin gesorgt. Aber jedes energische Vorgehen wird durch die Rücksicht auf die Kleinrentner gesäumt. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Pacht (frei. Vg.). Die kleinen Meister müssen auch berücksichtigt werden, die Entwicklung ist ihnen an sich schon feindlich. Auch müssen wir uns hüten, in den Polizeisocialismus hineinzugehen.

Abg. Mollenhuth (Soc.). Die Statistik zeigt, daß eine Einschränkung der Arbeitszeit die kleinen Bäckereibetriebe am wenigsten treffen würde. 72 pCt. der Bäckereien, in denen 1-2 Gesellen arbeiten, haben eine Arbeitszeit von 12 Stunden. Gerade in den größeren Bäckereien ist die Ausbeutung am stärksten. Eine gesetzliche Fixirung der Arbeitszeit würde die Concurrenz der kleinen Bäckereien geradezu erleichtern. Alle rechtlichen Einwürfe der Bäckereimeister gegen die Regulirung der Arbeitszeit sind infällig. Nun die Furcht vor dem Polizeisocialismus! Ja, die Polizei ist nur deswegen so wenig beliebt, weil sie sich so wenig nützlich macht. Das würde aufhören, wenn sie nützliche Funktionen verrichtete. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Discussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel und Capitel des Etats bis zum Capitel: Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Bäckerei auf Ueberwindung des Wahlgesetzes. Antrag Auer auf Sicherstellung des Coalitionsrechtes der Arbeiter.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Locales.

Breslau, den 29. Januar 1896.

\* Genosse Reinhold Schebs, Redacteur der „Volkswacht“, wird heute, am 29. Januar, aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis nach „Verbüßung“ einer 15 1/2 monatlichen Haft entlassen. Es war am 10. October 1894, Vormittags gegen 11 Uhr, da erschienen in unserer Redaktions-local zwei Polizeibeamte, welche den Preßhändler für verhaftet erklärten und in die Untersuchungsanstalt abführten. Schebs, gegen den einige Anklagen wegen Falschgehen erhoben, war von der Breslauer Staatsanwaltschaft als „fluchtverdächtig“ erachtet worden und mußte deshalb so plötzlich hinter schwebische Gardinen. Seine Untersuchungsanstalt dauerte über zwei Monate; Ende December begann er die ihm zubemessene Gefängnisstrafe „abzustoßen“. Es handelte sich dabei um 5 Monate wegen Verleumdung des deutschen Richtersandes; ferner hatte das Breslauer Landgericht Schebs zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt und zwar wegen Aufreizung zum Klassenhaß, Verleumdung des oberösterreichischen Klerus und der Gendarmerie. Incriminirt war im letzteren Falle ein Artikel: „Die Mezelei in Oberschlesien“, in welchem der Krawall in Antonienhütte besprochen wurde. Die Strafrecht hatte eigentlich schon am 20. d. M. ihr Ende erreicht, aber Genosse Schebs mußte bis zum heutigen Tage im Gefängnis bleiben, weil er im vorigen Jahre gegen eine Caution von 3000 M. die Erlaubniß erhielt, der Verurteilung seines Schwiegervaters zu erweichen zu können. Auch nicht eine Stunde seiner Strafrecht ist ihm geschenkt worden. Genosse Schebs wird heute der „Freiheit“ wiedergegeben, welcher er für 15 1/2 Monate entlassen war. Hoffentlich verläßt er ohne Schaden an Körper und Geist die Stätte, die noch so mancher Kämpfer für unsere große und gerechte Sache wird betreten müssen. Wir begrüßen auf das Herzliche unseren braven Genossen und Kämpfer, der, das ist kein Zweifel, der Alte blieb und nun wieder in den Reihen derer stehen wird, die für Freiheit und Recht ringen.

Um auch weiteren Kreisen der Genossen und Genossinnen Gelegenheit zu geben, den der Freiheit wiedergegebenen Freund und Genossen begrüßen zu können, ist für morgen, Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Locale des Herrn Rostrowsky,



